

Herczeg, Karl L.

**Article — Digitized Version**

## Die Integration der unterentwickelten Länder Westeuropas

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Herczeg, Karl L. (1958) : Die Integration der unterentwickelten Länder Westeuropas, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 8, pp. 442-449

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132674>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Integration der unterentwickelten Länder Westeuropas

Dr. Karl L. Herczeg, Wien

*Die folgende Abhandlung dürfte für unsere Leser ein doppeltes Interesse haben: Einmal stellt die ausführliche Beschäftigung mit den europäischen Entwicklungsländern eine notwendige Ergänzung zu den bisher vorwiegend mit dem Blick nach Übersee ausgerichteten Forschungsarbeiten über Entwicklungsgebiete dar, zum anderen wird in dieser Arbeit die Frage der Entwicklungsaufgabe mit dem Problem der Integration verknüpft, wie es sich durch die Bildung einer Freihandelszone stellt. Der Verfasser, der drei Jahre in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der OEEC tätig war, entwickelt mit großer Sachkenntnis ein konkretes Programm, das darauf abzielt, die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder nicht zu Opfern der Integration werden zu lassen.*

Die Diskussion über die europäische Integration hat bisher eine der schwierigsten Aufgaben stark vernachlässigt: die Eingliederung der wirtschaftlich und technisch rückständigen Länder des Kontinents. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der „Sechs“ umfaßt Industrieländer mit Notstandsgebieten (Süditalien, südfranzösische Gebiete, Zonenrandgebiete der Bundesrepublik u. a.) und unterentwickelte überseeische Besitzungen. Der Vertrag von Rom enthält für ihre wirtschaftspolitische Betreuung eine Reihe von Bestimmungen zur erleichterten Durchführung der nationalen Ausbauprogramme (Vanoni-Plan, FIDES und FIDOM für die überseeischen Territorien Frankreichs u. a.), die schon vorher im Gange waren.

Demgegenüber weist die bevorstehende Assoziation der übrigen elf OEEC-Mitglieder eine Reihe von Volkswirtschaften auf, die in ihrer Gesamtstruktur als unterentwickelt anzusehen sind. Es handelt sich um Griechenland, Irland, Island, Portugal und die Türkei — geographisch gesehen auch um Spanien, das aber von einer Voll-Mitgliedschaft bei den wirtschaftlichen und politischen Institutionen Westeuropas bisher noch ausgeschlossen ist. Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der seit mehr als zwei Jahren als Verhandlungsforum für die Freihandelszone dient, erkannte zwar, daß die Integration dieser Länder eine besondere Schwierigkeit bereitet, und schuf zur Behandlung der damit verbundenen Fragen eine eigene Arbeitsgruppe. Sie untersteht dem Koordinator der Verhandlungen für die Freihandelszone: zuerst Thorneycroft, jetzt Maudling.

DIE BISHERIGEN VERHANDLUNGEN IM RAHMEN DER OEEC  
Nun ging diese Arbeitsgruppe nach dem Hearing-System vor: anstatt ein eigenes Konzept für die organische Eingliederung dieses Raumes vorzulegen, stellte man an die Regierungsvertreter der genannten Länder die Frage, was sie eigentlich wünschen. Die Gründe für dieses Vorgehen dürften darin liegen, daß geeignete all-round-Experten für die Ausarbeitung eines solchen Programmes gefehlt haben oder daß dessen Notwendigkeit nicht genügend erkannt wurde. Das angewandte Verfahren mußte dazu führen, daß die gefragten Regierungen mit einer Liste von Sonderwünschen herausrückten, um gleichzeitig die eigenen Verpflichtungen auf ein Minimum oder sogar auf Null

herunterzuschrauben. Es ist jedenfalls psychologisch durchaus verständlich, daß die Türken auf die Frage, wieviel Geld sie denn eigentlich haben wollten, mit „je mehr — desto besser“ antworteten.

Ebenso erklärlich ist es, daß dieses Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung die Länder, die als Kapitalgeber in Frage kommen, äußerst zurückhaltend gestimmt hat. Darum äußerten sich die Vertreter der Bundesrepublik, der Schweiz und Schwedens stets sehr vorsichtig. Großbritannien ging am Anfang sogar so weit, die Freihandelszone wirtschaftspolitisch nur als ein Instrument des Zollabbaus und der Marktöffnung sehen zu wollen, ebenso wie London die OEEC die ersten zehn Jahre hindurch auf den Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen lenkte, ohne die Zölle anrühren zu wollen. Es lehnte „Opfer“ für die unterentwickelten Marktpartner kategorisch ab.

Auch sonst fehlte es an Einfühlungsvermögen in die eigentliche Problematik der unterentwickelten Länder. So wurden ihre Vertreter, insbesondere die Vertreter der Türkei, gefragt, wann sie an die soziale Harmonisierung herangehen wollten. Es blieb unberücksichtigt, daß die türkische Wirtschaftslage, die nach einem allzu hastigen Entwicklungsprogramm ein buntes Bild an Engpässen und ein Chaos ihrer Zahlungsbilanz bietet, wohl das ungeeignetste Objekt für dynamische Impulse in der Lohn- und Sozialpolitik darstellt.

Die Vernachlässigung dieser Fragenkreise läuft nun in der Praxis darauf hinaus, daß die Integration auf die sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die sechs entwickelten Partner der übrigen OEEC-Mitglieder begrenzt wird, d. h. auf die Assoziation mit Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Österreich. Die unterentwickelten Länder jedoch, die man in der jüngsten Terminologie bei den Verhandlungen nunmehr — offenbar in Anlehnung an Raoul Prebisch, Generalsekretär der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen — als „peripher“ bezeichnet, bleiben de facto Außenseiter.

## DAS GESICHT DES PERIPHEREN RAUMES

Bevor wir nun die Frage erörtern, was wirtschaftspolitisch geschehen sollte, wollen wir einen Blick auf die Lage dieses peripheren Raumes werfen. Die dazugehörenden Länder unterscheiden sich von den

meisten überseeischen Gebieten der gleichen Entwicklungsstufe dadurch, daß sie — mit Ausnahme Islands — kürzere oder längere Verfallsperioden durchgemacht haben, die von der Desintegration des staatlich-institutionellen Rahmens ausgehend auch die Wirtschaft äußerst schwer getroffen haben. Die ungenügende Pflege der Wirtschaftsgrundlagen, insbesondere die Abholzung der Wälder, veränderte die Wasserversorgung wie das Klima und führte zu einem Niedergang der Landwirtschaft in den östlichen und westlichen Mittelmeerländern. Hinzu kommt die Unterbeschäftigung.

In Griechenland, wo die Erbteilung in kleinste, meist nicht einmal hektargroße Parzellen eine rationelle Arbeitsweise verhindert, wird die Arbeitslosigkeit der Landbevölkerung auf mindestens 1 Million beziffert, hinzu kommen 150 000 Menschen in den Städten. Das entspricht einem Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Im Jahre 1958 begann der anspruchsvolle erste Fünfjahresplan, der die 6%ige Zuwachsrate des Sozialprodukts in den letzten Jahren aufrechterhalten will. Die Investitionsquote Griechenlands soll dabei von 14% auf 18 bis 19% steigen, eine Rate, die sich bereits der Spitzengruppe der Volkswirtschaften nähert. Der Wirkungsgrad der Investitionen auf das Sozialprodukt liegt somit auch nach griechischen Erfahrungen bei etwa 3:1 (Investitionen in Höhe von 3% des Sozialprodukts erhöhen dieses um 1%) was mit den Ergebnissen der überseeischen Entwicklungsprogramme übereinstimmt. Die Erhöhung des Zinssatzes für Sichteinlagen auf 7% und für gebundene Konten auf 10% im Jahre 1956 diente der Förderung der Eigenkapitalaufbringung. Die Nettoinvestitionsrate von derzeit 9% soll bis 1962 auf 12 bis 14% des Sozialprodukts erhöht werden. Die Ausgaben für die Verbesserung der Infrastruktur im Verkehrs-, Nachrichten- sowie Energiewesen und in der Wasserversorgung, die nicht unmittelbar produktive Investitionen darstellen, beziffert der Fünfjahresplan auf 800 Mill. \$. Davon müßten ca. 300 Mill. oder jährlich 60 Mill. \$ durch das Ausland finanziert werden.

Die andere Volkswirtschaft des östlichen Mittelmeeres, die Türkei, bietet ein Schulbeispiel für die mangelnde Synchronisierung der einzelnen Teile eines Ausbauprogrammes. Die von Kemal Atatürk eingeleitete und nach 1950 mit großem Schwung fortgeführte wirtschaftliche Entwicklung erlitt 1953 einen schweren Rückschlag. Die Förderung der Landwirtschaft war auf wenige, stark subventionierte Stapelprodukte beschränkt worden. Die Höhe der Zuschüsse verleitete besonders bei Getreide und Baumwolle zum Anbau auch auf solchen Böden, die bedeutenden Klimaschwankungen unterlagen. Mißernten waren die Folge, so daß sogar Getreide aus den USA eingeführt werden mußte. Umgekehrt bereitet die jetzt angekündigte Rekordernte der Regierung in Anbetracht der Flaute auf den Weltmärkten und der Verpflichtung für die beträchtlichen Subventionen, für die man die

Notenpresse wird in Anspruch nehmen müssen, ein kaum geringeres Kopfzerbrechen. Nur Tabak kann heute bei einem Wechselkurs von 4,90 £Tq = 1 \$ ohne Exportzuschüsse ausgeführt werden, während Getreide und Baumwolle selbst bei einem Kurs von 9:1 kaum absetzbar sind.

Die Industrialisierung machte in den letzten Jahren auf den Sektoren der Stahl-, Energie-, Zement-, Papier-, Zucker- und Textilerzeugung bedeutende Fortschritte, doch wirkt sich die effektive Devisensparnis erst allmählich aus. Andererseits gefährdet die kritische Lage der Zahlungsbilanz die Versorgung selbst bei lebenswichtigen ausländischen Ersatzteilen und Rohstoffen

Da ein organischer Wirtschaftsaufbau und die dafür erforderlichen Prioritäten nicht genügend beachtet wurden, geriet der Plan sowohl vom Budget als auch von der Zahlungsbilanz her in ein gefährliches Durcheinander. Eine offene Inflation und Auslandsschulden in Höhe von derzeit 1,2 Mrd. \$ waren die Folge. 1953 kam es zur Entliberalisierung, und die Türkei ist heute nur noch nominell Mitglied der Zahlungsunion, da sie die monatlichen Defizite — von dem im August 1958 gewährten unbedeutenden Verlängerungskredit in Höhe von 25 Mill. \$ abgesehen — seit Jahren zu 100% in Gold oder Dollars abdecken muß. Zum Anwachsen der Auslandsverschuldung trug allerdings auch das Wettrennen der Gläubiger bei, die sich gegenseitig die Tür einrannten. An Stelle eines gemeinsamen Konsolidierungsplanes, der schon 1954 fällig gewesen wäre — die OEEC oder die EZU bot das geeignete Forum —, kam es daher zu einem wilden Überbieten. Leidtragende dieses Versäumnisses waren nicht nur unzählige westeuropäische Exportfirmen, die zwei bis vier Jahre auf die Erlöse warten müssen, sondern auch die betreffenden Regierungen, die schließlich doch in irgendeiner Form einspringen mußten.

Von den übrigen Sorgenkindern der Freihandelszone ist Irland in der kritischsten Lage. Im Windschatten der sprunghaften Industrialisierung Großbritanniens im 18. und 19. Jahrhundert sowie unter dem Einfluß der gleichen Wirtschaftspolitik, der auch die nordamerikanischen Kolonien bis zur Erringung ihrer Unabhängigkeit unterworfen waren, konnte die Grüne Insel nicht einmal ihre eigene Bevölkerung ernähren, geschweige denn ihr zu einem höheren Lebensstandard verhelfen. Der Export von Fertigwaren war verboten, was die Errichtung von gewerblichen Erzeugungsstätten in Anbetracht des bescheidenen Binnenmarktes von vornherein erschwerte. Umgekehrt durften Rohstoffe, wie Wolle, nur nach Großbritannien ausgeführt werden. Die Fertigwaren strömten von dort zollfrei herein.

Während der Großgrundbesitz die Erzeugnisse exportierte, verminderte sich die Nahrungsgrundlage der Bevölkerung auch durch die zunehmende Zersplitterung der Parzellen. Wiederholte Hungersnöte ver-

ringerten die Bevölkerung von 8,2 Millionen im Jahre 1841 innerhalb eines Jahrzehnts auf 6,5 Millionen. Durch ständige Auswanderungen sank sie bis zur Erreichung der Selbständigkeit im Jahre 1921 weiter auf 4,2 Millionen. Seither ist eine Stagnation eingetreten, doch übersteigt die Auswanderung immer noch den Geburtenüberschuß in den Friedensjahren. Noch heute ist die Emigration das rettende Ventil: Obwohl die Besiedlungsdichte Irlands mit 22 Einwohnern je qkm außer Island unter allen OEEC-Ländern die dünnste ist, steht die Auswanderungsrate 1950—1955 mit 14% oder 40 000 Menschen im Jahr an der Spitze.<sup>1)</sup> Durch das Herabsinken der Bevölkerungszahl in den letzten 100 Jahren bedeutet die Erhaltung des überdimensionierten Straßen- und Eisenbahnnetzes, das der heutigen Besiedlung nicht mehr entspricht, eine große Last. Auch hier zeigt sich die Individualität jedes Entwicklungsgebietes, die sich nicht in eine geschlossene Theorie der Entwicklungslehre und -politik drängen läßt. Den peripheren Ländern fehlt es nämlich normalerweise an einer ausreichenden Ausbildung ihrer Infrastruktur.

Verschärft wird diese Lage durch die zunehmende Zentralisierung von Industrie und Verwaltung um Dublin, während besonders die westlichen und südwestlichen Landesteile unter der Entvölkerung leiden. Das führte dazu, daß die Regierung Steuermittel in den Wohnbau des Ballungszentrums steckt, während die Häuser in der Provinz leer stehen. Der irische Nationalökonom Joseph Johnston bezeichnet diese Art von Wirtschaftspolitik als den „Bau einer auf dem Kopf stehenden Pyramide“.<sup>2)</sup>

Einen Sonderfall der europäischen Peripherie bietet Island. Es handelt sich dort nicht so sehr um eine Unterentwicklung — die Investitionsrate erreicht sogar mit 31% des Sozialprodukts (1956) eine Spitzenstellung in der Welt, die nur von wenigen anderen Volkswirtschaften erreicht wird —, sondern um die Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftszweig, der Fischerei. 92% der Exporte entfallen auf diesen Sektor, eine Quote, die in der Weltwirtschaft nur von einigen Ölproduzenten (Irak, Venezuela), nicht aber von den Monokulturländern im engeren Sinne ausgewiesen wird.<sup>3)</sup> Nicht die Entwicklungsstufe, sondern die Krisengefährdung durch diese Abhängigkeit rechtfertigen eine Einstufung Islands zu den peripheren Ländern.

Schwierigkeiten traten in den letzten Jahren sowohl durch den plötzlichen Rückgang des Heringsfanges als auch durch die geringe Aufnahmewilligkeit des westeuropäischen und nordamerikanischen Marktes auf. Schutzzölle und Kontingente, wie sie sonst besonders bei agrarischen Erzeugnissen üblich sind, erschweren den Absatz. Die Auseinandersetzung um die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf eine Zwölfmeilenzone

droht jetzt wiederum zu internationalen Verwicklungen zu führen. Eine wirtschaftliche Umorientierung zum Ostblock ist daher längst im Gange, obwohl die NATO-Stützpunkte der USA außer den Fischen die einzige nennenswerte Devisenquelle darstellen.

Wie stark die Außenhandelsverflechtung ist, geht auch daraus hervor, daß der Einfuhrwert 45% des Sozialprodukts ausmacht. Die Landwirtschaft weist nur geringe Entfaltungsmöglichkeiten auf. In Anbetracht der Begrenztheit des Binnenmarktes (170 000 Einwohner) bleibt somit nur die Errichtung von Exportindustrien übrig. Ein hydroelektrisches und geothermisches Energiepotential bietet die Voraussetzungen für die Errichtung einer Aluminium- und Düngemittelindustrie. Nicht minder vordringlich ist der Ausbau eines Vertriebsnetzes insbesondere für die Gefrierfische. Die Kapitalarmut des Landes hat das bisher verhindert.

In der erfreulichsten Lage befindet sich zweifellos Portugal. Nach den Revolutionswirren war es verständlich, daß ausgeglichene Budgets und eine konservative Kredit- und Devisenpolitik den Vorrang erhielten. Die Währungsreserven Portugals erreichen den Einfuhrwert von 18 Monaten und übertreffen damit selbst jene der Schweiz (Bundesrepublik: 6 Monate.) So wurde zwar einerseits eine harte Währung geschaffen, die in Anbetracht der heutigen Zollmauern sogar als konvertibilitätsreif anzusehen ist (natürlich nicht bei einer plötzlichen starken Senkung der Zölle, da es sich ja nicht um die echte Konvertibilitätsreife eines Nieder-Zollandes handelt), doch litt darunter die Entwicklung. Bis 1958 mußten z. B. die Handelsbanken ein Fünftel ihrer Sichtdepositen liquide halten und die restlichen vier Fünftel innerhalb eines Vierteljahres flüssig machen können. Das entsprach den saisonalen Anforderungen der Erntefinanzierung im Rahmen der früheren Agrarstruktur, nicht aber den Erfordernissen einer sich entfaltenden Wirtschaft. So gesehen, bildet Portugal ein Gegenstück zum anderen Extrem der reichlich unbekümmerten Entwicklungspolitik der Türkei.

Die Bankenreform von 1958 hat hierin einen bedeutsamen Wandel geschaffen, indem die liquide Quote elastisch gehandhabt werden soll und vorerst auf 15% der Sichtdepositen festgesetzt wurde. Der Rest kann durch Handelswechsel mit einer Laufzeit bis zu sechs Monaten, Anleihen und Vorschüsse bis zu 12 Monaten sowie Aktien und Bonds gedeckt werden. Die Errichtung von neuen Kreditinstituten für Entwicklungsvorhaben ist vorgesehen.

Das Entwicklungsprogramm, das 1953—1958 Ausgaben in Höhe von 11,9 Mrd. Esc. (28,75 Esc. = 1 \$) vorsah, hinkte den Voranschlägen um etwa 20% nach. Der neue Sechsjahresplan für 1959—1964 wird zur Zeit den Integrationsanforderungen angepaßt. Er steht ferner im Zeichen einer Aktivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den überseeischen Besitzungen. Zunächst sind die hohen Zollmauern zwischen den Kolo-

<sup>1)</sup> K. H. Connell: „The Population of Ireland 1750—1845“, Oxford 1945, und OEEC-Dokumente.

<sup>2)</sup> „The Sickness of the Irish Economy“, Dublin 1957, S. 18.

<sup>3)</sup> International Financial Statistics (hrsgg. v. Internationalen Währungsfonds), Washington 1958.

nien abgeschafft worden, doch sollen die bisher aus fiskalischen Gründen aufrechterhaltenen Tarife zwischen den Territorien und dem Mutterland fallen.

#### DER LEISTUNGSABSTAND ZWISCHEN ZENTRUM UND PERIPHERIE

Ein Einkommensvergleich des peripheren Raumes zum amtlichen Wechselkurs weist allzu große Fehlerquellen auf, da die Währungen zum Teil stark überbewertet sind. Das gilt besonders für die isländische Krone und für das türkische Pfund, und zwar auch nach der de facto Abwertung des letzteren im August 1958, andererseits weist der Escudo eine Konvertibilitätsreife auf. Das Einkommen je Kopf würde daher unter Verwendung der unechten Kurse für die erstgenannten Länder ungebührlich hoch ausfallen. Eine Vorstellung über die Unterschiede im Lebensstandard der strukturell begünstigten Kraftfelder im Zentrum und der relativ stagnierenden Peripherie vermittelt folgender Vergleich: Das süditalienische Einkommen je Kopf der Bevölkerung erreicht 45% des Durchschnitts im industrialisierten Norden. Zwischen Großbritannien und Irland — ohne Berücksichtigung der nicht genau erfassbaren Kaufkraftdisparitäten — beläuft sich dieses Verhältnis ebenfalls auf 100 : 45.

Während diese Relationen Anhaltspunkte geben, besitzen die Ausweise über die Produktion an elektrischer Energie sowie der Investitionsraten eine größere Aussagekraft.

#### Statistischer Vergleich der europäischen Entwicklungsgebiete 1956

Daten	Griechenland	Irland (Freistaat)	Island	Portugal	Spanien	Türkei
Bevölkerung in Mill.	8	2,9	0,16	8,8	29,2	24,1
Elektrische Energie je Kopf in kWh	140	570	2 100	250	480	70
Investitionsrate in % des Sozialprodukts	14	13	31	14		14

Quellen: UN, Monthly Bulletin of Statistics, New York 1958, OEEC, Annual Reports, Paris 1957—1958.

Aus der Gruppe der Industrieländer der Freihandelszone sei aus dem Mittelfeld Österreich zum Vergleich herangezogen. Die Investitionsrate belief sich dort 1956 auf 25% des Sozialprodukts, während je Kopf der Bevölkerung 1320 kWh elektrische Energie erzeugt wurde.

Über die heutige Abschließung der Peripherie vom Zentrum geben Zölle und Liberalisierung eine Vorstellung. Die Tarife erreichen in der Türkei bei Fertigwaren 20 bis 100% des Warenwertes, bei Luxusgütern sogar bis zu 200%. Bei den meisten Positionen wird seit 1957 auch noch eine Importsteuer von 20 bis 40% des Wertes berechnet. Nahezu ebenso hoch liegen die isländischen Sätze, die jedoch meist fiskalischen Charakter tragen, da die Eigenproduktion mit wenigen Ausnahmen fehlt. Sie gehen von 14 bis 126%. Zum Ausgleich des unechten Wechselkurses kommt zusätzlich noch eine Importtaxe von 80% des Zollwertes zur Anwendung. Die Erlöse dienen der Exportsubventionierung. In Irland liegt das Gros der Positionen bei einem Satz von 33 bis 75%. Am meisten geschützt sind die ausschließlich für den kleinen Binnenmarkt arbeitenden Industriezweige: Bei Seife und Toiletteartikeln liegt der Zoll bei 75 bis 100% (50 bis 100%), bei Holzmöbeln und Radioteilen 75% (50%), Nägeln und Kleisenwaren 75% (75%). (Für Einfuhren aus dem Commonwealth wird ein Vorzugszoll berechnet, der in Klammern angegeben ist.) Die griechischen Tarife belaufen sich bei Industrieartikeln im Durchschnitt auf 40 bis 60%, in Portugal gelten Gewichtszölle, die Tarifen von 25—75% entsprechen.

Die mit wenigen Ausnahmen prohibitiven Tarife gestattet im allgemeinen einen hohen Liberalisierungssatz und führen damit die Grenzen des im letzten Jahrzehnt von der OEEC beschrittenen Weges, Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen ohne Koordinierung mit der Zollpolitik, deutlich vor Augen. Griechenland, Portugal und Irland befreien 95%, 93,7% bzw. 90,2% der Einfuhren aus OEEC-Ländern von der Lizenzpflicht und liegen damit über dem Durchschnitt der 17 Mitgliedsländer, der im 3. Quartal 1958 auf 82,5% kam. Island kam hingegen infolge chronischer Zahlungsbilanzstörungen nur auf 29%, während die Türkei 1953 sogar vollständig entliberalisieren mußte. Griechenland liegt auch bei der Einfuhr liberalisierung gegenüber dem Dollarraum mit 99% über dem OEEC-Durchschnitt (etwa 66%). Portugal erzielte immerhin 53%, Irland 33%, Island 15%, und nur die Türkei steht bei 0%.

Würde nun der Abbau dieser Wirtschaftsschranken zu einer optimalen Eingliederung in den europäischen Großmarkt führen? Die bisherige Entwicklung ver-

#### Vergleich von Zollsätzen für repräsentative Einfuhrwaren (in %)

Land	Grundstoffe				Investitionsgüter und dauerhafte Konsumgüter						Verbrauchsgüter				
	Chemie		Aluminiumhalblegung	Eisen und Stahl	Kühl Getränke	Uhren	Personenwagen	Rotationspapier	Schnittholz	Reifen	Textilien		Lederschuhe	Holzmöbel	Holzhäuser
	Farbstoffe	Stickstoffdüngemittel									Baumwollgerne	Kunstseidengerne			
Griechenland	60	G		0—50											
Irland	75	0—20	50	15—75	50	33 $\frac{1}{3}$	33 $\frac{1}{3}$	37 $\frac{1}{2}$	1—5	33 $\frac{1}{3}$	33 $\frac{1}{3}$ —60	33 $\frac{1}{3}$ —50	60	75	50—75
Portugal	G	44	26—30	G	G	G	G	5	48		39	44—53	53	G	G
Türkei	23	11—15	10—30	0—35	6—10	21—25		56—60	3—35	26—30	5—60	50—80	96—100	25—80	15—50

G = Gewichts Zoll.

Quelle: Aus den nationalen Zolltarifen für 1957.

neint diese Vorstellung eindeutig. Die vorwiegend agrarische Exportstruktur — und auch die Fischerei Islands trägt keinen industriellen Charakter — bedeutet von vornherein eine Benachteiligung. Obgleich die ursprüngliche Forderung Großbritanniens, die Freihandelszone überhaupt nur auf Industrieartikel zu beschränken, fallen gelassen wurde, wird die Freizügigkeit im Agrarbereich dennoch lange nachhinken. Im übrigen hat schon einmal die Verschmelzung Nord- und Süditaliens vorexerziert, was unterentwickelte Gebiete dabei zu erwarten haben: Nach der Einigung des Landes im Jahre 1859 verschwand die Industrie im Süden. Auch die unterentwickelte irländische Wirtschaft konnte sich im Windschatten des industriellen Aufstiegs in Großbritannien nie erholen.

#### INDUSTRIELÄNDER ZIEHEN PRODUKTIONSFAKTOREN VON DER PERIPHERIE AN

Obwohl eine verhältnismäßig geringfügige Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital vorherrscht, so erwies sich dennoch, daß 1. die Kapitalbildungs- und Investitionsrate der industriellen Kraftfelder ungleich dynamischer ist als an der Peripherie und 2. zusätzlich Abwanderungen von Arbeit und Kapital zu den Ballungszentren stattfinden, was sich besonders im Kapitalverkehr sehr nachteilig für die Peripherie auswirkt. Über die Größenordnungen solcher Bewegungen gewährt die Tatsache einen Einblick, daß die Anlagen irischer Handelsbanken und Sparkassen — wohlgerneht des politisch selbständigen Freistaates — in Großbritannien zur Zeit den gesamten Notenumlauf in Irland überschreiten.

Die Gründe dafür sind relativ einfach: „sichere“ Anlagen im Vergleich zum risikoreicheren Geschäft im Inland, also Entscheidungen einer übermäßig orthodoxen Bankpolitik ohne Rücksicht auf das tatsächliche Wirtschaftspotential des eigenen Landes. Dennoch wird nahezu jeder Ire, mit dem man über die wirtschaftliche Entwicklung spricht, die Kapitalarmut seines Landes beklagen. Wenn aber das Kreditwesen der Peripherie so disponiert, so darf man sich nicht wundern, daß selbst die Weltbank bis 1956 das „sichere“ Geschäft mit den ungleich devisa-reicheren Industrieländern den Entwicklungsvorhaben vorzog.<sup>4)</sup>

Aus diesen Gründen vergrößerte sich der Abstand zwischen der Peripherie und dem Zentrum. Charles P. Kindleberger errechnete für die Produktivitätssteigerung der Exportbranchen der unterentwickelten Länder Europas dieselbe Rate wie für gleichstufige Gebiete in Übersee. Sie blieb zwischen 1900 und 1952 um ein Viertel hinter der Leistungssteigerung in den Ausfuhrbranchen der Industriestaaten Europas, um ein Drittel hinter den neubesiedelten Dominien und sogar um 43% hinter den USA zurück. Die Annahme ist berechtigt, daß der Leistungsabstand der übrigen, nicht für den Weltmarkt arbeitenden Sektoren der Peripherie noch stärker nachhinkt. Auch der Abstand in der Wirtschaftskraft Nord- und Süditaliens ver-

größerte sich, bis der Vanoni-Plan an den systematischen Ausbau schritt und damit eine gleichmäßige Wachstumsrate in diesen Landesteilen anstrebt.

Das ursprünglich vom britischen Konzept der Freihandelszone verfolgte Ziel der bloßen Marktöffnung würde also in diesem Fall zur Katastrophe führen: zum Niedergang der jungen Industrien und zur Konzentrierung des Wirtschaftspotentials auf wenige Monokulturen nach dem Beispiel der kolonialen und halbkolonialen Territorien. Das bewirkt eine Einkommensminderung in der Peripherie, aber auch im Zentrum, d. h. des gesamten Großmarktes. Denn mit der Schwächung dieser Handelspartner würden — zumindest langfristig gesehen — auch die Industrieländer Einbußen erleiden, da die Vorteile beim billigeren Einkauf der Monokulturprodukte nur sehr kurzfristiger Natur sind. Es bedarf keines Nachweises, daß das dem Sinn der Integration genau widerspricht, deren Ziel in der Entfaltung aller Wirtschaftskräfte und Leistungsbereiche unter Wahrung einer optimalen Eingliederung der Peripherie in den Großmarkt liegt.<sup>5)</sup>

Aber auch Schonfristen sind unzweckmäßig. Sie sollen nach dem letzten Verhandlungsstand mit 10 bis 25 Jahren bemessen werden. Die Annahme, daß die Treibhausatmosphäre der aufgezeigten Zollmauern zu Umstellungen veranlaßt, ist unreal, wenn das tatsächliche Näherrücken der ausländischen Konkurrenz in so weiter Ferne liegt. Aber selbst dort, wo Regierungen oder Unternehmer zu solchen Anstrengungen bereit wären, fehlen dazu die Mittel. Schonfristen würden somit auf die de facto Amputation der Peripherie und Beschränkung der Integration auf die 12 Industrieländer hinauslaufen. Allzu rationalen Geistern, die auch darin einen Fortschritt zu erblicken glauben, sei die Antwort gestattet, daß dieser Weg wegen des wachsenden Abstands zwischen beiden Gruppen schon aus politischen Gründen keinesfalls tragbar ist.

Das Ziel muß daher darin liegen, gleichzeitig mit der ersten Zollsenkung der Partner auch die Wirtschaftsschranken der Peripherie abzubauen, also den Markt zu öffnen, jedoch unter Einleitung eines organischen, auf den Großmarkt abgestimmten Entwicklungsprogramms. Die Tarife liegen so hoch, daß die ersten Etappen verhältnismäßig geringe Folgen aufweisen und dennoch unmittelbare Anreize zu Anstrengungen ausstrahlen werden. Nur in Sonderfällen sollte davon Abstand genommen werden, etwa bei der Türkei. Hier hat die Integration mit der Konsolidierung der aufgelaufenen Schulden zu beginnen, parallel mit der Überprüfung des steckengebliebenen Ausbauprogramms. Die 359 Mill. \$-Anleihe vom August 1958 (davon 234 Mill. von den USA, 100 Mill. von der OEEC und 25 Mill. vom Währungsfonds) und die mindestens um drei bis vier Jahre zu spät kommenden Ansätze eines Konsolidierungsabkommens mit den Gläubigern gewähren dazu gewisse Voraussetzungen.

<sup>4)</sup> Vgl. K. L. Herczeg: „Zukunft der Weltwirtschaft — Schicksalsfragen der westlichen Welt“, Düsseldorf 1958, S. 182 ff.

<sup>5)</sup> Walter Heinrich: „Wirtschaftspolitik“, Bd. I, Wien 1948. S. 86 ff und Bd. II/1, Wien 1952.

Diese Ausnahmestellung der Türkei entspricht aber eher der Anrufung der Ausweichklauseln durch Frankreich, das sich ebenfalls in einer Zahlungsbilanzkrise befindet und die Verpflichtungen, die die EWG-Länder am 1. 1. 1959 auf sich nehmen müssen, daher nur zum geringsten Teil eingehen kann.

EIN ENTWICKLUNGSPROGRAMM  
ALS BESTANDTEIL DER INTEGRATIONSPOLITIK

Das erwähnte Programm für die Peripherie kann hier nur skizziert werden. Die erforderlichen Mittel lassen sich mit jährlich 300 Mill. \$ für vorerst fünf Jahre beziffern. Sie sollen:

1. als niedrig verzinsliche Anleihen für Infrastruktur-Ausgaben dienen, wobei diese Mittel zweckmäßigerweise in Landeswährung (nach dem Beispiel der Counterparts) zurückgezahlt werden sollen;
2. als kommerzielle Kredite der Europäischen Investitionsbank und der Kapitalmärkte für die industriellen, landwirtschaftlichen und sonstigen Vorhaben Verwendung finden.

Nachdem über die künftigen Finanzinstitutionen der Freihandelszone — in der neuesten Terminologie: „Assoziation“ — noch keine Klarheit besteht, sei in diesem Zusammenhang auf folgende zwei Überlegungen hingewiesen:

1. Allein die Teilnahme der Peripherie an der Integration stellt eine zwingende Notwendigkeit dafür dar, daß die Freihandelszone nicht ohne solche Einrichtungen (Anpassungsfonds und Investitionsbank) bleiben kann. Es wäre allzu paradox, wenn die wirtschaftlich ungleich stärkeren „Sechs“ über solche Einrichtungen verfügen, nicht aber die restlichen elf OEEC-Mitglieder. Eine Reihe von OEEC-Ländern leistet hier aus budgetären Gründen noch Widerstand.

2. Eine Doppelgeleisigkeit von Institutionen der „Sechs“ und der „Assoziation“ wäre aus administrativen und politischen Gründen ebenfalls unerwünscht. Die „Sechs“ verfügen bereits über eine Investitionsbank, so daß deren Ausbau durch Beiträge des finanzstarken Teiles der Assoziation (Großbritannien, die drei skandinavischen Länder, die Schweiz und Österreich) für die Betreuung der Peripherie möglich ist. Der Anpassungsfonds ist hingegen nur für Umstellungen, nicht für Infrastruktur-Investitionen bestimmt. Darum wäre — neben einer zusätzlichen Dotierung dieses Fonds für den gesamten Europamarkt — in Anlehnung an die Investitionsbank, also möglichst ohne die Gründung einer neuen Einrichtung, ein Entwicklungsfonds für die Peripherie zu schaffen, um dort die nicht unmittelbar produktiven Infrastruktur-Projekte mitzufinanzieren.

Der Anteil der Infrastruktur und der direkt produktiven Investitionen läßt sich erst nach Ausarbeitung der Entwicklungsprogramme ermitteln. Da es sich im Falle Islands, Irlands und Portugals weniger um die Infrastruktur handelt, deren Anteil jedoch in den übrigen Ländern überwiegen dürfte, kann zunächst ein Ver-

hältnis von 1:1 angenommen werden, so daß die Aufbringung je zur Hälfte — jährlich je 150 Mill. \$ — über die Investitionsbank und den neuen Entwicklungsfonds erfolgen müßte.

Die wirtschaftlichen und politischen Dringlichkeitsstufen ergeben folgenden Jahresrahmen als Diskussionsgrundlage (in Mill. \$):

Türkei	90	Irland	40
Spanien	70	Portugal	20
Griechenland	60	Island	20

Diese Mittel könnten durch Kredite europäischer Bank-Konsortien, wie sie z. B. Hermann J. Abs vorschlug, dann aber auch seitens der Weltbank und deren Tochterinstitutionen (International Finance Corporation und die voraussichtlich in Kürze debütierende International Development Association) eine wirkungsvolle Ergänzung erfahren. Portugal und Spanien sind noch nicht Mitglieder der Bretton-Woods-Institute und müßten daher erst beitreten.

Während in diese Betrachtungen Spanien einbezogen würde, blieb ein anderer Außenseiter der westeuropäischen Gemeinschaft, Finnland, unberücksichtigt. Eine Assoziation dieses Landes käme am ehesten über die Nordische Union Skandinaviens in Frage. Diese sieht selbst Finanzinstitutionen für die Bewältigung von Übergangsschwierigkeiten vor. Andererseits könnte die Hilfe an Portugal in Anbetracht der Devisenreserven dieses Landes zumindest teilweise in Form von Ziehungsrechten dem iberischen Nachbarland zur Verfügung gestellt werden.

DER MARSHALLPLAN VERNACHLÄSSIGTE DIE PERIPHERIE  
Ist den Industrieländern ein solches „Opfer“ überhaupt zumutbar? Wir glauben, daß sie kaum eine bessere Anlage mit einer höheren Verzinsung finden könnten als die Erschließung so naher Märkte mit einem solchen Ausmaß an brachliegendem Wirtschaftspotential. Im übrigen ging die Peripherie beim Marshallplan verhältnismäßig leer aus, da bei der praktischen Durchführung der Wiederaufbau, d. h. die Rückkehr zum status-quo von 1938, nicht aber die umfassende Integration gemäß den ursprünglichen Vorstellungen der amerikanischen Regierung im Vordergrund stand. Von der gesamten Auslandshilfe der USA zwischen Mitte 1945 und Ende 1956 erhielten Österreich (1018 Mill. \$) und die Niederlande (1020 Mill. \$) jedes für sich mehr als die Türkei (450 Mill. \$), Spanien (182 Mill. \$), Irland (145 Mill. \$) und Island (33 Mill. \$) zusammengenommen, obwohl sich das Bevölkerungsverhältnis auf 1:8 bzw. 1:7 beläuft. Nur Griechenland bezog mit 1,3 Mrd. \$ einen größeren Anteil, als dem OEEC-Durchschnitt entsprach, doch konnte durch den kommunistischen Aufstand nur ein Bruchteil dieser Mittel dem Wirtschaftsausbau zugeführt werden.<sup>4)</sup> Auch von dieser Seite rechtfertigt sich somit eine „Nachbarschaftshilfe“ des industrialisierten Zentrums zugunsten der damals vernachlässigten Peripherie.

<sup>4)</sup> National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems, Semiannual Report to the President and to the Congress, Washington D. C., Juni 1957.

Nun dürfen aber im Gegensatz zum Marshallplan die Mittel nicht nationalen Projekten zufließen, die unter dem Zollschutz verbleiben. Das neue Programm muß vielmehr von vornherein auf die Integration ausgerichtet sein, so daß bereits während des Ausbaues die heute noch sehr großen Hindernisse gegenüber dem übrigen Europamarkt allmählich verschwinden.

Auf die Prioritäten im einzelnen einzugehen, fehlt hier der Raum. Mit Ausnahme Islands steht die Leistungssteigerung der Landwirtschaft und des Bergbaues im Vordergrund. Der Ausbau der Bewässerung, des landwirtschaftlichen Schulwesens, die genossenschaftliche Zusammenarbeit, aber auch die Aktivierung der Dorfgemeinschaften<sup>7)</sup> — mit der sich unter den Entwicklungsländern nur Indien zielbewußt befaßt — gehören hierher. Bei den Industrien gilt es, die Verarbeitung örtlicher Agrarerzeugnisse und Bodenschätze zur vollen internationalen Wettbewerbsfähigkeit heranzuführen. Bei den anderen Branchen, die sich im frischen Wind der Weltmärkte noch nicht bewährten und unter einem hohen Zollschutz für einen (oft unbedeutenden) Inlandsabsatz arbeiten — unter Vergeudung staatlicher Subventionen und Belastung der Verbraucher —, wird eine Konsultation erfolgen müssen, um den richtigen Weg zur Produktivitätssteigerung oder zu Umstellungen zu finden. Gerade die Zusammenarbeit mit den Branchenverbänden der Industrieländer eröffnet hier ein weites Tätigkeitsfeld: Patent- und Lizenzabsprachen, Beteiligungen, Erfahrungsaustausch und andere Mittel.

Nicht minder wichtig sind die Chancen, die der Fremdenverkehr bietet. In Griechenland versechsfachte sich der Touristenstrom zwischen 1950 und 1956, in der Türkei und in Portugal trat gleichzeitig eine Steigerung um das Vier- bzw. Dreifache ein.<sup>8)</sup> Der Bau von Rasthäusern mit internationalem Standard (man denke an den Erfolg der Pousadas in Portugal, der Paradores in Spanien), aber auch der Ausbau des Fernstraßennetzes und die Modernisierung des Eisenbahnwesens (besonders in Spanien) sind Mittel zur Förderung.

Wohl nirgends ist aber die sozialpolitische Nivellierung oder Harmonisierung so fehl am Platz wie an der Peripherie, die zuerst noch viel aufholen muß. Die Erfolge der Integration der unterentwickelten Wirtschaft von Puerto Rico mit den USA, wo man bei Löhnen und sozialen Lasten maßvoll voringing, und das Scheitern der Ausbaubestrebungen in Guadeloupe und Martinique, wo man die Löhne an das Niveau im Mutterland anglich, sowie eine Reihe von anderen ähnlichen Erfahrungen bieten ein lehrreiches Untersuchungsmaterial. Sollten also die französischen Bestrebungen zur vertraglichen Festlegung einer solchen Harmonisierung auch bei der „Assoziation“ einen Niederschlag finden, so verdient die Peripherie in diesem Punkt zweifellos eine Sonderstellung.

<sup>7)</sup> Vgl. Klaus Billerbeck: „Kritische Bemerkungen zur Auslandshilfe für Entwicklungsgebiete“, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1958.

<sup>8)</sup> OEEC, l'OECE au service de l'Europe, Paris 1958, S. 150.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANPASSUNGEN IM ZENTRUM  
Für die Industrieländer ergibt sich jedoch nicht bloß die Aufgabe, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Auch bei ihrer Integrationspolitik gilt es, ein Maximum an Anpassungen zugunsten der Peripherie vorzunehmen. Die Abhängigkeit der meisten unterentwickelten Länder des Kontinents von landwirtschaftlichen Ausfuhren wurde bereits betont. Eine engere Zusammenarbeit im Sinne der agrarpolitischen Richtlinien, wie sie die Konferenz von Stresa der „Sechs“ festlegte, würde der Wirtschaft der Peripherie ganz besonders zugute kommen. Das gleiche gilt für die Fischexporte Islands, wobei der Absatz nach Ausbau eines modernen Vertriebsnetzes noch durchaus elastisch erscheint.

In diesem Zusammenhang ist auch noch ein Blick auf die Einbeziehung der überseeischen Territorien in den gesamten Europamarkt zu werfen. Im Gegensatz zum Vertrag von Rom, wo die Ausweitung zu einem euroafrikanischen Markt vorgesehen ist, wehrt sich London im Falle der Freihandelszone dagegen. Das geht vor allem Portugal an, als das einzige Land, das außer Großbritannien und den „Sechs“ über solche Territorien verfügt. Für diesen Angehörigen der Peripherie ergibt sich aus der britischen Linie die Gefahr, daß die Erzeugnisse der eigenen Kolonien einer Diskriminierung in den EWG-Ländern unterworfen werden, während der Ausbau der eigenen Besitzungen in Übersee mangels eines Entwicklungsfonds, wie dieser im Vertrag von Rom vorgesehen ist, gegenüber den benachbarten französischen und belgischen Territorien zurückbleiben müßte. Aber auch der kontinentale Großmarkt müßte eine solche Ausweitung der Bezugs- und Absatzverflechtung begrüßen. Allzu groß ist das europäische Einflußgebiet sowieso nicht mehr.

Zweck dieser Untersuchung war es, die Gefahren einer Fehlintegration der Peripherie mit den industriellen Kraftfeldern Europas aufzuzeigen. Ihr Anschluß wäre aus politischen Gründen verantwortungslos. Aber auch die bei den bisherigen Verhandlungen über die Freihandelszone verfolgte Linie der Gewährung von langen Schonfristen als Konzession für die Verweigerung einer ausreichenden Entwicklungshilfe käme einer Amputation von integren Teilen des sowieso schon reichlich zusammengeschrumpften Rumpfkontinents gleich. Suez, Irak, aber auch das jüngste Abkommen mit der Türkei zeigen, wie kostspielig Versäumnisse wirken, die schließlich zu Ausgaben in ganz anderen Größenordnungen zwingen. Ein bereits auf den Großmarkt zugeschnittenes Entwicklungsprogramm bleibt daher die einzige Möglichkeit, die Peripherie als vollwertiges Mitglied am Europamarkt teilnehmen zu lassen. Die gemeinschaftliche Bewältigung dieser Aufgabe erfordert eine Besinnung auf die eigene wirtschaftliche Stärke, aber auch einen politischen Aufbruch. Ohne eine solche geistig-politische Erneuerung wird aber die wirtschaftliche Integration stets nur Stückwerk bleiben und immer wieder auf unzulängliche Anfänge zurückfallen.

**Summary:** The Integration of the Underdeveloped Countries of Western Europe. The author in his essay combines the problems of the European development countries with those of integration. While the treaty of Rome provides for a series of regulations for the politico-economical promotion of underdeveloped oversea-possessions, the Organization for European Co-operation (OEEC) up to now only organized a working-group intended to examine problems inherent in the promotion of inner-European development areas. The countries in question are the so-called "peripheric" states, i. e. Greece, Iceland, Ireland, Portugal, Turkey and Spain. The purpose of this research is to show the dangers of an integration gone amiss of the "periphery" with the industrial power-fields of Europe. With his great knowledge of the subject the author confined himself to the decisive questions and developed a concrete programme with the purpose of not allowing the economically less developed countries to become the victims of integration.

**Résumé:** L'intégration des pays sous-développés de l'Europe Occidentale. L'auteur met en rapport le problème de l'assistance aux régions arriérées de l'Europe Occidentale avec celui de l'intégration européenne. Tandis que le traité de Rome a prévu une série de dispositions concrètes en faveur de l'encouragement des pays sous-développés d'outre mer, l'O.E.C.E. s'est borné, jusqu'à présent, à créer un centre d'études chargé d'analyser les problèmes concernant le développement des pays arriérés intra-européens. Il s'agit des pays "périphères", i. e. la Grèce, l'Irlande, l'Islande, le Portugal, la Turquie et l'Espagne. Dans l'article présent l'auteur se propose de faire ressortir les dangers de fausses démarches et d'une fausse conclusion quant à l'intégration de la périphérie avec les grands pays industriels européens. L'auteur, en parfaite connaissance de cause, se borne à discuter les questions essentielles et à présenter un programme concret, conçu dans le but d'épargner aux pays sous-développés le sort de victimes de l'intégration européenne.

**Resumen:** La integración de los países en desarrollo de la Europa Occidental. El autor relaciona en su investigación el problema del fomento de los campos de desarrollo en el interior de Europa con el problema de la integración. Mientras que el Tratado de Roma prevee una serie de medidas para la ayuda politico-económica a las posesiones de ultramar menos desarrolladas, ha constituido el Consejo Económico Europeo (OEEC) hasta ahora únicamente un grupo de trabajo que debe examinar los problemas relacionados con el fomento de los campos en desarrollo del interior de Europa. Se trata aquí de los así llamados estados "periféricos": Grecia, Irlanda, Islandia, Portugal, Turquía y España. El objeto de esta investigación consiste en señalar los peligros que traería consigo una integración errónea de la "Periferia" en relación con los principales centros de la industria europea. Debido a los conocimientos especializados muy vastos del autor, se reduce éste a los problemas decisivos y desarrolla un programa concreto que tiene por fin, evitar que los países económicamente menos desarrollados lleguen a ser víctimas de la integración.